

"Der Bundestag nimmt den Schuman-Plan an" in Süddeutsche Zeitung (12. Januar 1952)

Legende: Am 12. Januar 1952 berichtet die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung über die Annahme des Schuman-Plans im Bundestag und beschreibt die Stellungnahmen einiger deutschen Parlamentarier vor der endgültigen Abstimmung.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August. 12.-13.01.1952, Nr. 10; 8. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Der Bundestag nimmt den Schuman-Plan an", p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/der_bundestag_nimmt_den_schuman_plan_an_in_suddeutsche_zeitung_12_januar_1952-de-e72ec396-c477-4a0a-aa21-47812aa7030d.html

Publication date: 18/12/2013

Der Bundestag nimmt den Schuman-Plan an

Ratifizierung des Vertragswerkes wird in dritter Lesung mit 232 gegen 143 Stimmen gebilligt / SPD bleibt ablehnend / Ollenhauer warnt, die Verfügungsgewalt über die Ruhr ohne zwingenden Grund aufzugeben

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 11. Januar. – Das Plenum des Deutschen Bundestags stimmte am Freitag nachmittag dem Ratifikationsgesetz zum Schuman-Plan in dritter Lesung mit 232 gegen 143 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Gegen die Montan-Union sprachen sich die Fraktionen der SPD und KPD sowie einige fraktionslose Abgeordnete aus. Der namentlichen Abstimmung war eine dramatische Auseinandersetzung zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem zweiten SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer vorausgegangen, in der die Argumente des Für und Wider noch einmal mit Leidenschaft gegenübergestellt wurden. Der Kanzler gab dabei – für das ganze Haus überraschend – Einzelheiten des Generalvertrages bekannt; ferner kündigte er eine Reise nach Washington für Frühjahr dieses Jahres an. Ollenhauer verwahrte sich gegen die Methode des Kanzlers, im Augenblick vor der Abstimmung mit Sachverhalten zu operieren, die bereits in der Ausschussarbeit zu beraten gewesen wären und dort hätten bekannt sein müssen. Die Bitte des Kanzlers, die Opposition möge überhaupt ihre Einstellung zur Koalition und zur Regierung überprüfen, beantwortete Ollenhauer mit dem Hinweis, die Regierung möge einen Beweis in der Sache erbringen und die Opposition in fairer Weise an der Vorbereitung einer gemeinsamen Außenpolitik teilnehmen lassen.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und der Opposition hatten am Freitag vormittag ihren Höhepunkt erreicht, als der Bundeskanzler sich mit besonderer Schärfe gegen Argumente des zweiten SPD-Vorsitzenden wandte, der vor ihm die ablehnende Haltung der Opposition in Vertretung des erkrankten Dr. Schumacher zusammengefaßt hatte. Der Kanzler, durch die bis fünf Uhr morgens dauernde Nachtsitzung zwar nicht ermüdet, aber doch in der Stilistik schärfer als sonst, warf der Opposition vor, sie verkenne die weltpolitische Lage gründlich. Ihr sei der tiefe Fall, den Deutschland vor sieben Jahren getan habe, nicht immer gegenwärtig und sie verlange Eile und schnellen Fortschritt dort, wo nur Geduld und ein zähes Fortkommen Schritt für Schritt zum Erfolg führen könne. Die Argumente der SPD hätten eine verblüffende Ähnlichkeit mit denen Hugenbergs vor einem Vierteljahrhundert.

Das Argument der Opposition, die Regierung verbaue mit dem Schuman-Plan den Weg zur deutschen Einheit, suchte der Kanzler mit der Verlesung zweier Abschnitte des Generalvertrags zu widerlegen, in denen die Alliierten ausdrücklich ihre Verpflichtung niedergelegt hätten, sich für die deutsche Einheit einzusetzen und einen Friedensvertrag auf der Grundlage freier Vereinbarung zu schaffen. Nach der Darstellung des Kanzlers enthält sowohl die Präambel des Generalvertrags wie dessen Artikel VII verbindliche Hinweise dieser Art. Auf die Saarfrage eingehend, versicherte der Kanzler, „daß sich durch unser Vorgehen die Verhältnisse zwischen Frankreich, dem Saargebiet und der Bundesrepublik zur Zufriedenheit regeln werden“.

Der Kanzler betonte sodann, die Bundesrepublik sei mehr als jedes andere Land auf das Vertrauen des Auslands angewiesen und die Opposition trage viel dazu bei, dieses Vertrauen nicht hochkommen zu lassen. Er bitte daher die SPD aufrichtig, sie möge prüfen, ob sie ihre Stellung zur Koalition und zur Regierung nicht zu ändern vermöge, damit ein gemeinsamer Weg zur Freimachung Deutschlands gefunden werde. Es gebe „wertvolle Kräfte“ in dieser Partei, die sich nicht im Kampf gegen die Regierung verbrauchen sollten. Da der Schuman-Plan auf eine Verhütung eines Krieges in Europa abziele, könne – wie Adenauer erklärte – die Opposition, die sich so stark für den Frieden einsetzte, mit vollem Herzen dem Vertragswerk ihre Zustimmung geben.

Der zweite SPD-Vorsitzende, Erich Ollenhauer, wies Adenauers Vergleich der SPD mit Hugenberg scharf zurück. Wenn die Regierung auf dieser Ebene, die von der SPD nicht gesucht worden sei, „den Kampf haben will, dann kann sie ihn haben“. Das Mißtrauen des Auslandes rühre nicht zuletzt von unbedachten

Ministeräußerungen aus der Koalition her, wie denn auch die Koalition zu prüfen habe, in welchem Maße sie mit echtem Hugenbergischen Geist durchtränkt sei. Auch das Angebot des Kanzlers, die Opposition möge eine neue Stellung zur Koalition beziehen, wies Ollenhauer mit aller Betonung ab. Die mangelnde Fairness des Regierungschefs habe sich gerade darin gezeigt, daß er als Clou der dritten Lesung Artikel des Generalvertrags bekanntgegeben habe, die Beratungsthema der Ausschusssitzungen hätten sein müssen. Jede Spekulation Adenauers auf eine etwa nicht geschlossen handelnde SPD sei verfehlt.

Wenn die Bundesregierung hier und da auf den Locarno-Vertrag Bezug nehme, so müsse er dem entgegenhalten, fuhr Ollenhauer fort, daß seiner Meinung nach das Stadium von Locarno noch lange nicht erreicht sei. Als der Redner darauf den Gedanken ausdrücken wollte, im Gegensatz zur gewaltsamen Ruhrbesetzung des Jahres 1923 versuche nunmehr offenbar Frankreich eine „gefälliger Form der Okkupation des Ruhrgebietes“, wurde er von Zwischenrufen in solcher Stärke unterbrochen, daß er nur nach längerer Pause weiterzureden vermochte. Er gab daraufhin dem Gedanken eine mildere Form und warnte davor, die Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet durch den Montanunion-Vertrag ohne zwingenden Grund preiszugeben.

Der SPD-Sprecher sah ein „Niemandland an der Zonengrenze“ voraus für den Fall, daß die Hohe Behörde etwa von ihrem Recht Gebrauch mache, die Produktion zu lenken und Frachtbasen zu bestimmen. Ferner befürchtete Ollenhauer, daß die Übergangsbestimmungen der Montan-Union den Handel mit der Ostzone beeinträchtigen könnten. „Besonders bedrückend aber ist es für uns, daß offensichtlich die Bundesregierung nicht die Einheit Deutschlands als zentralen Ausgangspunkt bei ihren Verhandlungen betrachtet hat. Bonn hätte sich von vornherein als stellvertretend für Gesamtdeutschland ausgeben müssen.“

Gipfelpunkt seiner Darlegungen war der Hinweis, daß mit der Apparatur der Montan-Union ein Element des „Undemokratischen und Autoritären“ in Europa einziehe, das den demokratischen Gedanken zu ersticken drohe und ihm die werbende Kraft der Anziehung für andere nicht-demokratische Teile Europas nehme. In der mangelnden demokratisch-parlamentarischen Untermauerung der Schumanplan-Organisation müsse die SPD nicht zuletzt deshalb eine Gefahr sehen, weil die Montan-Union ja vielfach schon als Modell für weitergehende europäische Zusammenschlüsse betrachtet werde.

Der Bundestag ratifizierte den Schuman-Plan in der Schlußabstimmung mit 232 Stimmen. Gegen den Vertrag stimmten 143 Abgeordnete der SPD, der KPD und einiger rechtsradikaler und unabhängiger Gruppen. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Mit den Stimmen der SPD wurde darüber hinaus ein Antrag der Koalitionsparteien angenommen, wonach die Bundesregierung aufgefordert wird, alle Schritte zu unternehmen, um dem deutschen Kohlenbergbau und der deutschen Stahlindustrie die besten Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung sicherstellen, daß die den Alliierten auf Grund des Gesetzes 27 verbleibenden Zuständigkeiten auf eine rasche organisatorische Entflechtung beschränkt werden, so daß in Zukunft keine Eingriffe in die deutsche Schwerindustrie mehr möglich sein können. Ferner soll die Regierung unmittelbare Maßnahmen ergreifen, um die durch Demontage verursachte Kapazitätsminderung z. B. bei der August-Thyssen-Hütte und in Watenstedt-Salzgitter, zu beheben und um in der übrigen Montan-Industrie die in der Vergangenheit unterbliebenen Investitionen nachzuholen. Weiterhin billigte der Bundestag einen Auftrag an den Bundeskanzler, der Bevölkerung des Saargebiets „endlich die politischen Freiheiten zu sichern, die nach der Konvention über die Menschenrechte in jedem demokratischen Staate Geltung haben, insbesondere die Freiheit der Presse und die Freiheit der ungehinderten Meinungsbildung“.